

Paibacher Zeitung.



Nr. 72.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus ganzl. 50 kr., halbj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Mittwoch, 29. März.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 20 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 8 kr.

1876.

Mit 1. April

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Paibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende April:

Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 kr.
Für Paibach ins Haus zugestellt	1 „ — „
Im Comptoir abgeholt	— „ 92 „
Für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni:	
Mit Post unter Schleifen	3 fl. 75 kr.
Für Paibach ins Haus zugestellt	3 „ — „
Im Comptoir abgeholt	2 „ 75 „

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen allergnädigst die gegenseitige Verwechslung Allerhöchsthres Herrn Betters, Oberstlieutenants, Erzherzogs Johann Salvator, Commandanten des Feldartillerieregiments Graf Bylandt Nr. 9, und

des Obersten Anton Rindermann, Commandanten des Feldartillerieregiments Pichler Nr. 3, rücksichtlich ihrer innehabenden Regimentscommanden anzuordnen (Allerh. Entschl. vom 17. März 1876);

zu verleihen:

in Anerkennung der vorzüglichen Leistungen auf ihren innehabenden Dienstesposten:

dem Generalmajor Alfred Becher Edl. v. Rüdendorf, Vorstand der 8. Abtheilung des Reichskriegsministeriums, und

dem Obersten Karl Winterhalder, des Generalstabscorps, Chef des Eisenbahnbureau; jedem den Orden der eisernen Krone dritter Klasse mit Rücksicht der Taten; dann

dem Rassendirector Johann Schmelz, Vorstand des Universal-Militärzählamtes, das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens (Allerh. Entschl. vom 16. März 1876);

weiter:

dem Obersten Adolf Polivka Edl. v. Treuensee, Landes-Gendarmeriecommandanten in Mähren, in Anerkennung seiner langjährigen vorzüglichen Dienstleistung, den Orden der eisernen Krone dritter Klasse taxfrei (Allerh. Entschl. vom 17. März 1876);

dem Corporale Franz Senitzky und dem Gefreiten Daniel Balla, beide vom Stande der 13. Pionnierfeldcompagnie, in Anerkennung der von ihnen während der letzten Ueberschwemmung nächst Wien mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung der Wache auf der Militär-Schwimmsschule und der daselbst untergebrachten

22 Personen des Civilstandes, dem ersteren das silberne Verdienstkreuz mit der Krone, dem letzteren das silberne Verdienstkreuz; endlich

dem Commandanten der genannten Militärwache, Titular-Gefreiten Stephan Verei, des Infanterie-Regiments Erzherzog Joseph Nr. 37, in Anerkennung seiner durch muthvolles Ausdauern auf dem gefährdeten Wachposten bewiesenen Pflichttreue gleichfalls das silberne Verdienstkreuz (Allerh. Entschl. vom 20. März 1876).

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliekung vom 15. März d. J. den außerordentlichen Professor der Baumechanik am böhmischen polytechnischen Institute in Prag Joseph Solin zum ordentlichen Professor der von ihm vertretenen Disciplinen und den honorierten Docenten am deutschen polytechnischen Institute zu Prag Franz Sablik zum außerordentlichen Professor des Hoch- und Ingenieurbaues daselbst allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremahr m. p.

Agiozuschlag

zu den Fahr- und Frachtgebühren auf den österreichischen Eisenbahnen.

Vom 1. April 1876 ab wird der Agiozuschlag zu den hievon betroffenen Gebühren jener Bahnanstalten, welche zur Einhebung eines Agiozuschlages berechtigt sind und von diesem Rechte Gebrauch machen, mit 4 Pzt. berechnet.

Die zugunsten des Publikums bestehenden Ausnahmen von der Einhebung eines Agiozuschlages bleiben unverändert.

Von der Einhebung eines Agiozuschlages wurden ferner befreit:

die Gebühren des Instructionstarifes vom 1. April 1876 für den directen Braunkohlenverkehr von Stationen der k. k. priv. Prag-Duxer Eisenbahn und der k. k. priv. Eisenbahn Pilsen-Priesen (Komotau) nach Stationen der k. k. priv. Kaiser Franz Joseph-Bahn.

Den 25. März 1876 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 26. Februar 1876 vorläufig bios in der deutschen Ausgabe erschienenen VI. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 16 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 6. Jänner 1876, betreffend die Errichtung eines Neben Zollamtes erster Klasse im Eisenbahnhofe zu Reichenhain;

Nr. 17 die Verordnung des Justizministeriums vom 15. Februar 1876, betreffend die Zuweisung der Ortsgemeinde Wilkomig zu dem Sprengel des Bezirksgerichtes Rochlitz a. d. Iser in Böhmen;

Nr. 18 das Gesetz vom 24. Februar 1876, betreffend die Abwicklung der Geschäfte der Staats-Vorschusskassen. (Wr. Ztg. Nr. 70 vom 25. März.)

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen.

Mit Bezug auf die im niederösterreichischen Landtage zur Sprache gekommene Frage der Gemeinde-Umlagen führt die Neue freie Presse aus, daß die Erhöhung der Gemeinde-Umlagen in der Epoche der neugeschaffenen Gemeinde-Autonomie eben eine Folge der Autonomie selbst ist und daß der Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit in der Frage liege, wie denn eine Einschränkung in den Gemeinde-Umlagen und Auslagen eintreten solle, wenn den Gemeinden die Lasten nicht erleichtert werden, ihnen vielmehr immer neue Aufgaben zu wachsen. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß, um Abhilfe zu schaffen — welche in der That geboten sei — die Regierung selbst reformatorisch vorgehen und die Gemeinden in vielen Punkten von dem entlasten müsse, was jetzt gesetzlich als deren finanzielle Aufgabe erscheint.

Die Presse wendet sich wiederholt gegen jene Anschauungen, welche für eine sofortige Schließung des Reichsrathes geltend gemacht werden. Sie betont, daß die kurze Sitzungsperiode des Sommers, wenn eine solche stattfindet, nothwendig, sollen nicht die ihr zugewiesenen Arbeiten Schaden leiden, noch gewissermaßen einen Annex der eben abgelaufenen Sitzungsperiode bilden müsse. Dagegen betrachte man es in parlamentarischen Kreisen aus formellen, wie aus Opportunitätsgründen als selbstverständlich, daß mit dem Wiederbeginne der großen Wintercampagne eine neue Session inaugurirt werde. Unter den zahlreichen Momenten, welche für die Opportunität dieser Maßregel sich geltend machen lassen, möchte das Blatt besonderes Gewicht auf die Adressdebatte legen. Die letzten Sitzungstage im Abgeordnetenhause und Herrenhause haben gezeigt, wie kräftig und gewinnbringend für die verfassungstreue Majorität und das aus ihr hervorgegangene Ministerium eine lebendig erregte Discussion ist.

Die Deutsche Zeitung spricht sich gegen die von der „Neuen freien Presse“ jüngst empfohlene Maßregel zur Sanierung der wirtschaftlichen Lage überhaupt, insbesondere aber gegen die Einführung der Goldwährung aus, welche letztere nur mit großen finanziellen Opfern herzustellen und noch schwerer dauernd zu erhalten wäre. Das Blatt mahnt vor allen weiteren kostspieligen Experimenten ab und sieht für Oesterreich nur ein heilsbringendes Rettungsprogramm: Arbeit und Sparsamkeit.

Wie der Tagespresse von informierter Seite gemeldet wird, hatte der österreichisch-ungarische Vertreter in Belgrad, Fürst Wrede, zu Beginn voriger Woche dem Fürsten Milan die Frage vorzulegen: Ob

Feuilleton.

Ein Justizmord.

Roman von J. Bernhardt.

(Schluß.)

Roland wagte zu widerstreben. Aber Bidoc, der seine alte Kraft wiedergewonnen, donnerte ihm zu:

„Elender, es ist dein Vater, der Gehorsam von dir verlangt!“

Er stieß ihn nach diesen Worten gegen die kleine Thür. Aber Roland sollte nur bis zu deren Schwelle kommen, denn eine weiße Gestalt — Helene Lebrun, — welche hinter den Bettvorhängen verborgen gewesen, trat ihm entgegen.

„Halt! Sie werden nicht von hier gehen, mein Herr!“ sagte sie mit tonloser, geisterhafter Stimme.

Roland fuhr bebend zurück. Es war der Racheengel des Ewigen, den er vor sich zu sehen wähnte. Aber auch Bidoc erschrak.

„Helene,“ murmelte er. „Ich selbst habe sie dort hin befohlen.“

„Ja, Helene Lebrun,“ sagte sie, „der kein Laut entgangen von dem, was hier gesprochen wurde. Wenn Sie es vergessen, Herr Bidoc, ich vergesse es nicht und wiederhole Ihnen: dieser Mann wird nicht fliehen, nicht frei dieses Haus verlassen!“

Der Polizeispion trat einen Schritt zurück.

„Helene, ich beschwöre Sie bei dem Andenken Ihres Vaters, dessen Unschuld ich mit allen Kräften meiner Seele vertheidigte —“

Helene unterbrach ihn:

„Jedes Wort ist vergebens,“ sagte sie mit einem Tone, der das Blut in Bidocs Adern zu Eis wandelte.

„Die menschliche Gerechtigkeit muß ihren Lauf haben, die Gesellschaft, die Natur, Jacques Lebrun gerächt werden.“

„Aber haben Sie denn nicht gehört, Helene,“ rief Bidoc, „dieser Elende ist ja Blut von meinem Blut, mein eigener Sohn!“

Das junge Mädchen sah den unglücklichen, verzweifelnden Vater mit tiefem Mitleiden an.

„Ich beklage Sie von ganzer Seele, mein Herr. Aber ich habe einen hohen Eid geschworen —“

„Und wenn tausendmal!“ rief der Polizeispion, „Sie müssen ihn brechen. Ich soll meinen eigenen Sohn in die Hand des Henkers liefern? Wer könnte das von einem Vater verlangen?“

„Ich verlange es,“ rief das junge Mädchen gebietend, „denn es gilt die Ehre meines Vaters wieder herzustellen und den Schuldigen zu bestrafen.“

„Aber dieser Schuldige ist mein Sohn!“

„Und der unschuldig Geopfert war mein Vater!“

In den Zügen des Polizeispions kämpften Zorn und Angst.

„Helene, treiben Sie mich nicht aufs äußerste,“ rief er.

„Ist das eine Drohung?“ fragte sie kalt.

„Ja, Unglückliche! Ich will und muß meinen Sohn vor der Schande des Schaffots retten!“

„Wohl, hier ist meine Antwort,“ sagte sie.

Sie trat auf Roland zu, der sich bleich und bebend an die Wand gelehnt hatte und berührte mit ihrer Hand seine Schulter:

„Mörder der Sabine und der Angelica Mazerolles, ich verhasse dich im Namen des Königs!“

Dann wandte sie sich Bidoc zu, ihm eine Karte zeigend.

„Sie selbst, mein Herr, haben mich in Pflicht genommen. Ich fordere Sie auf, mir beizustehen, daß ich sie erfüllen kann.“

Während dessen hatte sich das Hotel mit Menschen gefüllt, die Thür der kleinen Treppe öffnete sich. Der Friedensrichter, Herr Jovier, begleitet von Bidocs Untergebenen, trat ein und Bajonette bligten hinter ihnen. In demselben Augenblicke erschien in der großen Thür des Gemaches der königliche Staatsanwalt und mit ihm Soldaten und Nachbarn des Hotels.

Ein allgemeiner Ausruf des Zornes ließ sich hören.

„Da ist der Mörder! Er ist gefangen! Er kann nicht mehr entinnen!“

Ein eigenthümliches Lächeln überflog die Züge des Elenden. Er bückte sich und raffte einen Gegenstand auf, der zu seinen Füßen lag. Dann richtete er sich hoch empor.

„Wage es niemand, mich anzufassen,“ rief er mit lautem drohenden Tone.

Die Pistole, die Bidoc ihm vorher entrisen, blitzte in seiner Rechten.

Der Staatsanwalt herrschte den Gendarmen und Bidoc zu:

„Thut eure Pflicht und nehmt diesen Mann gefangen!“

Bidoc wollte diesem Befehle gehorchen, aber ihm mangelte die Kraft dazu. Ehe er seinen Sohn erreichte, hatte dieser den Lauf der Pistole an seine Stirn gesetzt. Ein Schuß ertönte und ein Blutstrom bespritzte das Antlitz und die Kleider des unglücklichen Vaters.

derselbe sich in der Lage fühle, eine Bürgschaft für die stricteste Neutralität Serbiens in dem Zwiste der Pforte mit ihren Unterthanen zu übernehmen oder nicht? Die definitive Erklärung des Fürsten wurde diesertage erwartet, und hegte man im Hinblick auf mehrfältige Anzeichen die Zuversicht, daß die Erklärung vollkommen befriedigend lauten werde. Wenn nun — schreibt das Blatt weiterhin — wie es den erfreulichen Anschein hat, in nicht mehr ferner Frist der verderbend drohende Brand hart an unserem eigenen Dache gelodert sein wird, dann wird der Mann, denn unser Kaiser vor vier Jahren zur Leitung der Geschicke Oesterreich-Ungarns berufen, mit berechtigtem Stolz auf ein schwerwiegendes Verdienst hinweisen können, das er um sein Vaterland, um Europa sich erworben.

Das Fremdenblatt begrüßt die in Frankreich sich eben vorbereitende Aenderung in den Bestimmungen des Gesetzes über den höheren Unterricht mit Freuden. Doch, meint das Blatt, müssen Regierung und Kammern in besonnener Weise vorgehen und sich — was übrigens kaum zu erwarten steht — nicht auch für die allzu radicalen Reformen des Volksschulunterrichtes, wie sie der Abg. Paul Bert vorschlägt, erwärmen. Auf diesem Gebiete müsse ebenso vorsichtig gehandelt werden, als auf dem Gebiete des höheren Unterrichtes ein rasches Handeln Pflicht ist.

Frankreich.

Aus den Sitzungen des französischen Parlaments ist hervorzuheben, daß am 21. d. der Amnestie-Antrag der intransigenten Republikaner in beiden Häusern eingebracht wurde. Im Senate wurde dieser Antrag durch Victor Hugo, im Abgeordnetenhaus durch Raspail vertreten. Ersterer beschränkte sich auf die Verlesung des Antrages. Herr Paris fragte an, ob die Amnestie sich auch auf die Mörder der Geiseln erstrecken solle. Ministerpräsident Dufaure gab folgende Erklärung ab: Die Regierung beantragt selbst die Dringlichkeit für diese Vorlage. Gewiß befinden sich unter den Individuen, welche der Antrag berührt, solche, die durch ihr gutes Verhalten, durch die von ihnen an den Tag gelegte Reue einen Gnadenact verdienen mögen; für sie wird der Präsident der Republik von der ihm durch die Verfassung eingeräumten Prärogative Gebrauch machen. Dagegen müssen wir eine allgemeine Maßregel dieser Art, die auch Leuten zugute käme, welche die unversöhnlichen Feinde der Gesellschaft sind und noch heute weiter nichts zu thun haben, als die schmachlichsten Verleumdungen gegen unsere Staatsgewalten über die Landesgrenzen einzuschmuggeln, entschieden zurückweisen. Solchen Männern kann das hohe Haus keine Amnestie bewilligen wollen, die Regierung will es ebenfalls nicht. Da es aber im allseitigen Interesse liegt, daß Fragen dieser Art, wenn sie einmal gestellt sind, auch sofort und gründlich gelöst werden, so beantragt die Regierung die Dringlichkeit. Victor Hugo erklärte sich mit der Dringlichkeit ganz einverstanden und auf Verlangen bereit, sogleich in die Debatte zu treten. Die Dringlichkeit wurde fast einstimmig angenommen und der Antrag an die Abtheilungen verwiesen.

Im Abgeordnetenhaus sprach sich der Minister des Innern Herr Ricard über die Amnestieanträge — außer dem des Herrn Raspail lagen noch mehrere andere vor — dahin aus, daß die Regierung diese Anträge, mögen sie nun auf eine allgemeine Am-

So endete Roland, den die Natur körperlich und geistig mit all den Gaben beschenkt, die ihn zu einem hervorragenden Mitgliede der menschlichen Gesellschaft erheben konnten, hätte ihn nicht sein wildes Blut, seine Charakterchwäche und die Intriguen eines teuflisch gesinnten Weibes auf den schmachvollen Weg geführt, der mit einem Selbstmorde endete.

Das über seine Verbrechen empörte Paris sandte dem vierfachen Mörder Verwünschungen und Flüche nach. Und doch blieb er nicht ganz unbewehrt. Der beklagenswerthe Vater vergoß im Stillen manche Thräne über den von seinen Leidenschaften zum Verbrechen getriebenen Sohn, und es währte geraume Zeit, ehe er sein schwieriges Amt wieder mit alter Thatkraft versehen konnte.

Helene Lebrun, welche bald darauf die Ehre ihres Vaters gerichtlich wieder hergestellt sah, sandte als Engel der Vergebung heiße Gebete, die um Gnade für den Verbrecher flehten, zu dem Allliebenden empor.

Daß Roland der Sohn des Polizeispions, blieb der Welt ein Geheimnis, da nur dieser und Helene darum wußten.

Bidoc starb erst im Jahre 1856, an körperlicher Schwäche in Saint Maude. Eine barmherzige Schwester pflegte den einsamen Kranken, verließ ihm die Tröstungen der Religion und folgte seinem Leichenzuge, der, außer ihr, von vielen Armen begleitet wurde, die er großmüthig unterstützt hatte.

Diese fromme Dame gehörte den Schwestern des Kreuzes an. Man nannte sie den Engel des Erbarmens. Ihr wahrer Name war Helene Lebrun, einst nach Madame Mazerolles die schönste Limonadenverkäuferin, die von ganz Paris bewundert worden war.

nestie oder eine Amnestie nach Kategorien abzielen, entschieden bekämpfen müsse, von der Ueberzeugung geleitet, daß man den Entscheidungen der Justiz Achtung schuldig ist, daß die Ruhe des Landes sich einer solchen Maßregel widersetzt und daß es eine Entehrung für Frankreich sein würde, Individuen, welche die Verbrechen der Commune begangen haben, als bloße Opfer des Bürgerkrieges in seinen Schoß wieder aufzunehmen. Da aber auch schon diese Vorlagen das Land beunruhigen, beantragt die Regierung aus eigenem Antriebe, sie als dringlich zu behandeln.

Nach einer gereizten Discussion, in welcher die beiden Raspails die Gewalthaber für die Ausschreitungen der Commune verantwortlich machten und Brisson die Dringlichkeit bekämpfte, nahm der Minister des Innern neuerdings das Wort: Die gute Politik ist diejenige, welche die Ruhe des Landes sichert; sie ist für die Freunde der Republik doppelt geboten. Keine Frage ist geeigneter, die Leidenschaften aufzuregen, als diese. In den Familien der Deportierten dürfen nicht Hoffnungen geweckt werden, die unerfüllbar sind. Die Regierung weist die Amnestie zurück; gegen individuelle Acte der Milde hat sie nichts einzuwenden, und der Präsesident der Republik wird sein Begnadigungsrecht mit der Sicherheit des Landes in Einklang zu bringen wissen. Die Dringlichkeit der vier Amnestievorlagen wird sodann zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Was die Parteiverhältnisse anbelangt, so ist ein successives Einlenken der radicalen Partei in gemäßigtere Richtungen bemerkbar. Gambetta fühlt, daß er sich wiederholter Uebereilungen und Leidenschaftlichkeiten schuldig gemacht hat, welche, weit entfernt, die republikanische Linke einzuschüchtern, dieselbe vielmehr näher an die Regierung gedrängt und die Reihen der conservativ-liberalen Republikaner enger an einander geschlossen haben. Die republikanische Union (äußerste Linke) sucht daher diese Fehler gutzumachen und wieder Fühlung mit den übrigen republikanischen Parteien zu gewinnen. Sie hat am 21. März nach Anhörung vieler Redner, worunter Gambetta, Gent und Bohisset, beschlossen, sich für den Augenblick nicht als besondere Gruppe zu constituieren, um noch immer die Möglichkeit einer Verschmelzung aller republikanischen Fractionen offen zu halten. Ihr Beschluß lautet wörtlich:

„Eine große Anzahl von republikanischen Abgeordneten, welche der durch das allgemeine Stimmrecht in den Wahlen vom 20. Februar und 5. März gegründeten republikanischen Majorität angehören, ist am 22sten März in dem Lokale des neuen Ausschusses zusammengetreten und erklärt nach reiflicher Prüfung der politischen Lage in der Kammer und im Lande, daß die Einigkeit und Cohäsion der republikanischen Majorität das große Interesse so wie der Wille der Demokratie bleibt und daher Grund vorhanden ist, eine besondere Gruppe zu bilden.“

Diese Resolution kommt nach der Haltung, welche die Partei ursprünglich gegen das neugebildete Ministerium eingenommen, einem vollkommenen Rückzuge gleich.

Die Mäßigung, welche die eben vollzogene Präfecten-Bewegung charakterisiert, wird nicht nur von der Rechten, sondern auch vom linken Centrum vollständig gebilligt. Dagegen ist dieselbe keineswegs nach dem Sinne der Radicalen ausgefallen. In den Reihen der Linken ist man besonders damit unzufrieden, daß Herr de Fourcndès, der Präfect von Savoyen, dessen Ueberufung man erwartete, von der Regierung noch gehalten wird. Die Stütze, welche der Genannte nach der Verifizierung der Senatswahlen im Departement Savoyen an der Majorität des Senates findet, läßt allerdings das Vorgehen der Regierung begreiflich erscheinen, die wol nur den geeigneten Moment erwartet, um diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen. Im übrigen ist die Präfecten-Bewegung noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. So ist beispielsweise der Präfect de Nardailhac, den man nicht in eben dem Momente absetzen wollte, wo die spanische Presse fortwährend seine Entsetzung fordert, nach Tours transferiert worden, hat aber in Pau noch keinen Nachfolger erhalten. Auch im Stande der Sous-Präfecten sieht man binnen wenigen Tagen weitgehenden Veränderungen entgegen. Zwar dürfte, wie verlautet, die Zahl der Enthebungen eine beschränkte sein, dafür aber eine größere Reihe von Versetzungen vorgenommen werden.

Saint Marc Girardin ist zum Cabinetchef des Senatspräsidenten, Duc Audiffret-Pasquier, und Albert Sorel zum Generalsecretär des Senates ernannt worden.

Das neue italienische Ministerium.

Wie man der „Pol. Corr.“ aus Rom vom 21sten d. M. schreibt, lief die Bildung des neuen italienischen Ministeriums keineswegs sehr glatt ab und bot vielmehr vielfache Besetzungsschwierigkeiten, die erst nach vorangegangenen langwierigen Verhandlungen gelöst werden konnten.

So hatte der Führer des Centrums Correnti, den Eintritt in das Cabinet abgelehnt, weil er zwei Portefeuilles für sich und seine Freunde forderte und den Eintritt Baron Nicotera's perhorrescierte, Forderungen, auf welche der Chef des neuen Cabinets, De-

pretis, umsoweniger eingehen konnte, als seine Freunde das größte Gewicht darauf legen, daß das Cabinet aus lauter Mitgliedern der Linken gebildet, ja sogar die Generalsecretärsstellen in den Ministerien mit Persönlichkeiten der Linken besetzt werden. Auch die Besetzung des Postens des Ministeriums des Aeußern bot ganz ungewöhnliche Schwierigkeiten. Für dieses Portefeuille hätte Depretis besonders gerne aus Rücksichten auf die auswärtige Politik der Rechten Concessionen gemacht. Er würde es gerne gesehen haben, wenn eine illustre Persönlichkeit der italienischen Diplomatie dieses Portefeuille übernommen hätte. Wie aber verlautet, hätte er nach einander an den Grafen de Canah in Berlin, an Cavaliere Nigra in Paris, je selbst an den Grafen Robilliant in Wien gedacht.

Von allen Seiten seien aber Ablehnungen theils erfolgt, theils in Aussicht gestellt worden. Er griff endlich auf Melegari, derzeit in Bern, welcher allerdings auch acceptierte. Es ist nunmehr die Frage, ob diese Persönlichkeit an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Italiens die geeignete ist, um den fremden Mächten daselbe Vertrauen in die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten einzufloßen, wie dies bisher unter Visconti Venosta der Fall gewesen ist.

Manicini übernimmt das Justiz-Portefeuille, und dies genügt, die stark aufsteigenden Besorgnisse zu erklären, daß wir schwierigen Momenten in unseren Beziehungen zum Vatican und zum Klerus entgegengehen.

Am 20. d. hat sich aus diesem Anlasse eine vertraute Persönlichkeit des Quirinals in den Vatican begeben, und dort Gelegenheit genommen, dem Cardinal Antonelli die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Politik des neuen Cabinets keine der Kirche feindliche sein werde. Ob diese Versicherung bei einem Cabinet der Linken und bei der durch die Wahlen in Frankreich hier hervorgerufenen Stimmung mit den Thatsachen gleichen Schritt halten werde, müssen wir einstweilen dahingestellt sein lassen.

Einiges Aufsehen erregt es, daß Herr v. Reudell, der neu accreditierte deutsche Botschafter an unserem Hofe, nach Berlin berufen, demnächst zu mehrtägigem dortigem Aufenthalte dahin abreist.

Ohne die Richtigkeit der hier circulierenden Angaben über die Motive dieser Berufung verbürgen zu wollen, soll es doch nicht unerwähnt bleiben, was in hiesigen politischen Kreisen darüber verlautet. Einerseits führt man den Grund der Berufung des Herrn von Reudell auf das in Berlin empfundene Bedürfnis zurück, persönliche Informationen über unsere Ministerkrise und die eventuell daraus sich entwickelnde Situation zu erhalten, andererseits aber glaubt man, daß es sich um eine das Verbleiben des Herrn v. Reudell in seiner hiesigen Stellung berührende Frage handle. Wie bereits bemerkt, sind dies lediglich Vermuthungen, die nur deshalb der Erwähnung werth sind, weil sie in ernsten politischen Kreisen aufgetaucht sind. — Der deutsche Militär-Attaché reist morgen von hier definitiv ab und wird anderweitig ersetzt werden. Nicht so sicher ist man hier, ob und durch wen der deutsche Botschaftsrath Fürst zu Lynar ersetzt werden wird.

Vom Insurrectionschauplatz

gehen der „Pol. Corr.“ aus Ragusa und Kostajnica vom 20. d. nachstehende Berichte über die weiteren Vorgänge auf dem herzegowinisch-bosnischen Kriegstheater zu:

Die Verworrenheit der Verhältnisse in der Herzegowina scheint jetzt ihren Culminationspunkt erreicht zu haben. Nichts ist bezeichnender dafür, als die verbürgte Meldung, daß die Insurgentenführer mit den türkischen Specialcommissären zu unterhandeln geneigt sind, und die andererseits nicht weniger positive Meldung, daß trotzdem die für solche Verhandlungen unumgängliche Waffenruhe von den Insurgentenführern doch nicht zu erlangen ist. Als Beweis für letzteren Umstand darf die Thatsache angeführt werden, daß die Insurgenten vor vier Tagen sich einem neuerlichen Versuche Ahmed Muhlkar Pascha's, von Sacko aus durch den Duga-Paß die Festung Niksic zu verproviantieren, widersetzen und auch wirklich vereitelten.

Wiewol Ahmed Muhlkar die Proviandcolonne mit 8000 Mann escortierte, war es ihm doch nicht möglich, den von den Insurgenten besetzten Duga-Paß zu forcieren. Er zog es vor, den Proviand in dem vor dem Duga-Paße gelegenen Fort Hostug zu deponieren, und ohne es auf einen Kampf antommen zu lassen, sich nach Sacko zurückzuziehen. Die Insurgenten, wahrnehmend, daß er einem Kampfe ausweiche, verließen ihre Positionen auf dem Anhöhen und versuchten es, ihn auf dem Rückmarsche anzugreifen. Es gelang ihnen aber nur mehr, die von Jalludin Pascha befehligte Arvidregarde zu erreichen und mit dieser eine Zeitlang ein Feuergefecht zu engagieren, wobei es auf beiden Seiten einige Tode gab.

Die Verhinderung der Verproviantierung von Niksic läßt die Insurgenten hoffen, daß diese angeblich in Hungersnöthen sich befindende Festung baldigst capitulieren müsse. In Cetinje scheint man gleiches, jedoch mit dem Unterschiede zu erwarten, daß Niksic sich nicht den Insurgenten, sondern Montenegro ergeben werde.

Politische Uebersicht.

Laibach, 28. März.

Wie bereits mehrfach gemeldet, ist die Ankunft der ungarischen Minister behufs Abschluß der Verhandlungen über den österreichisch-ungarischen Ausgleich für Ende März festgesetzt. Nach der „Budap. Corr.“ sollen die Minister Tisza, Szell, Wenckheim und Simonyi Donnerstag den 30. März in Wien eintreffen. Da in erster Reihe das gemeinsame Budget festgestellt werden dürfte, werden jene ungarischen Ministerial-Beamten, welche anlässlich der handelspolitischen Verhandlungen ebenfalls in Wien anwesend sein sollen, wahrscheinlich später nachkommen; hingegen werden einige Hilfsbeamte zur Erledigung der den Ministern nachzufolgenden dringenden Acten mitreisen, nachdem der Aufenthalt der Minister in Wien eine längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Dem berliner Abgeordnetenhaus ist am 25. d. M. der Gesetzentwurf über die Abtretung der preussischen Eisenbahnen an das Reich zugegangen. Derselbe enthält zwei Paragraphen. Bemerkenswerth ist der Schlusssatz der Motive, welcher in ziemlich unverblümter Weise dem Particularismus einen scharfen Wink erteilt. Preußen, heißt es, werde die Lösung der Aufgabe jedenfalls, auch wenn im Reiche ein Widerspruch sich erheben sollte, mit aller Energie anstreben. Werde trotzdem die berliner Initiative im Reiche keine Nachfolge finden, so müßte man sich außerhalb der preussischen Grenzen darauf gefaßt machen, daß sich ein Uebergewicht der mit den preussischen Bahnen verknüpften Interessen geltend machen werde. Dieses Argument wird wol auch die Beweisgrundlage der mit Bestimmtheit erwarteten Eisenbahnrede Bismarcks bilden.

Einer telegraphischen Meldung zufolge ermächtigt der deutsche Bundesrath den Reichskanzler zum Abschluß eines Auslieferungsvertrages mit Oesterreich-Ungarn auf der Grundlage eines von dem Justizauschusse vorgeschlagenen Vertragsentwurfs.

Das politische Tagesereignis in Frankreich bildet zur Stunde die empfindliche Niederlage, welche die Clericalen letzten Freitag in der Abgeordnetenkammer erlitten haben. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die Wahl des Clericalen Grafen de Mun; die Commission beantragte bekanntlich die Anordnung einer Untersuchung über gesetzwidrige Einflüsterungen der Geistlichkeit auf die Wahl. Der Graf wehrte sich selbst entschieden für sein Mandat, indem er behauptete, der Clerus hätte nur von einem Recht Gebrauch gemacht, das ihm der heilige Vater selbst verliehen habe. Die Behauptung erregte auf der Linken Murren und Beschäfter zugleich. Der Graf wurde durch den Clericalen Abgeordneten Keller unterstützt, welcher ausführte, man wolle der Religion an den Krügen gehen, wie der Gesetzentwurf Baddingtons über die Beschränkung der freien Universitäten beweise. Man wolle zu Angriffen gegen die Katholiken gerade den Augenblick, in welchem die deutschen Katholiken als Freunde Frankreichs dargestellt werden. Gambetta protestierte dagegen, daß jemand die Religion schädigen wolle. „Wenn wir“ — sagte er — „von der Clericalen Partei sprechen, so handelt es sich weder um die Religion, noch um die aufrichtigen Katholiken. Wir sprechen nicht von der französischen Geistlichkeit; vielleicht gibt es sogar viele Mitglieder derselben, welche die Uebergriffe des Vaticans befürchten. Man muß die Geistlichkeit in der Kirche lassen und die Kanzel nicht zu einer politischen Tribüne machen! Es handelt sich nicht darum, aus der Kammer einen Kämpen zu entfernen, der die Rolle von Montalembert spielt. Wir verlangen die Untersuchung, um die Regierung aufzufordern, die Geistlichkeit daran zu erinnern, daß sie nicht Apostel der Zwietracht, sondern des Friedens sind!“ Bei der Abstimmung wurde die Untersuchung mit 309 Stimmen gegen 170 angenommen.

Der „Diritto“ kennzeichnet in einem Artikel die äußere Politik des neuen italienischen Cabinets in folgender Weise: Das Programm des Cabinets kann Europa die Sicherheit bieten, daß die guten Beziehungen zu den Mächten fortbauern werden. Das Programm hat mehrere Berührungspunkte mit jenem des französischen Ministeriums. Deutschland wird sehen, daß die innere Politik Italiens ihm in der energischen Verfolgung seiner Kirchenpolitik behilflich sein werde. Das Cabinet wird eine kräftige Politik in kirchlichen Fragen befolgen. Man könne sagen, daß alle Staaten mit Italien zufrieden sein werden. Das neue Cabinet wird in der äußeren Politik keine Aenderung eintreten lassen, aber im Innern eine liberalere Politik befolgen. Italien wird immer ein Element des Friedens und der Civilisation sein.

Am 2. d. M. hat die Insurgentenbande von 500 Mann geschlagen. Dieselbe verlor 60 Mann an Todten.

Der ehemalige polnische Revolutions-General Mirowski erklärt in einer Zuschrift an den „Temps“ die Angabe, daß er damit umgehe, für die Insurrection in der Herzogowina eine polnische Legion zu bilden, für ganz aus der Luft gegriffen.

Tagesneuigkeiten.

— (Hofnachricht.) Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich theilte sich am 21. d. M. in Begleitung des Königs und der Königin von Neapel, sowie ihres Gefolges an einer Fuchsjagd, welche bei Mesop-Ponse, unweit Banbury, dem Landstige von Sir W. Richmond Brown, abgehalten wurde. Ein Fuchs wurde bald aufgefagt, aber er entwichte. Der Eintritt eines heftigen Schneesturmes setzte der Jagd ein vorzeitiges Ende.

— (Ordensverleihungen an Ausländer.) Seine Majestät der Kaiser haben folgende Orden verliehen: Dem königlich spanischen Minister des Aeußern Calderon Collantes das Großkreuz des Leopoldordens; dem königlich belgischen Legationsrath Baron G. Lamoral Forgeur das Commandeurkreuz des Leopoldordens; dem ehemaligen Secretär der spanischen Gesandtschaft in Wien Don Silverio Wagner de Corsi y Ribas das Ritterkreuz des Leopoldordens; dem Dr. Med. Baßl in München den Orden der Eisernen Krone zweiter Klasse; dem Director der königlichen Gemäldegallerie und Professor am Polytechnicum in München Dr. Franz Reber das Comthurkreuz des Franz-Josefs-Ordens.

— (Denkmal für Giordano Bruno.) Die römischen Studenten haben einen Aufruf erlassen und ein Comité gebildet, um dem unglücklichen Opfer der Inquisition, dem Forscher Giordano Bruno, auf demselben Plage, wo er verbrannt wurde, ein Denkmal zu setzen.

— (Große Fälschung.) Ueber die aus Newyork telegraphisch gemeldete Fälschung von Eisenbahnpapieren, deren Betrag man auf 50 Millionen Dollars schätzt, schreibt man der „Presse“ aus Brüssel: „Ein Holländer, namens Harmens, trat im vorigen Monat mit dem Bankier Samuel in Brüssel in Verbindung wegen eines Anlehens von 80,000 Francs auf das Unterpfand von 30,000 Dollars in Obligationen der California and Oregon Railway Company. Während der Unterhandlungen ersuchte Harmens den Bankier Samuel, einige der Obligationen zu verkaufen. Samuel schickte einige derselben nach Amsterdam an Herrn Wertheim und dieser erbierte dieselben an die Firma Lopez de Motos. Diese Firma besaß bereits solche Titres wie die ihr zugeschickten Obligationen. Man verglich letztere und fand, daß sie gefälscht seien. Sofort wurde die brüsseler Polizei advertirt. Samuel hatte inzwischen bereits dem Harmens 10,000 Francs auf 70 Obligationen der New-York Central Railroad Company gegeben. Es zeigte sich, daß Harmens der Secretär eines gewissen Rollins war, der im „Hotel de Sage“ in Brüssel wohnte. Sie hatten beide mehrfache Verhandlungen wegen Unterbringung solcher Papiere angetnüpft, besonders mit dem Comptoir Général. Hier hatten sie New-Jersey- und Newyork-Eisenbahn-Obligationen im Betrage von 2,000,500 Francs deponirt. Eines Tages reclamirte Rollins diese Papiere. Der Director des Comptoirs, Herr Eychost, schöpfte Verdacht und verweigerte die Auslieferung. Hierauf suchten Harmens und Rollins das Weite; sie führten 25 bis 30 Millionen Dollars solcher Werthpapiere mit sich. Die französische Polizei arretrirte die Fälscher im „Hotel du Louvre“ in Paris.“

— (Die Goldfelder in Victoria.) Die durch ihre große Ergiebigkeit einst so berühmten Goldfelder der australischen Colonie „Victoria“ nehmen von Jahr zu Jahr in ihren Erträgen immer mehr ab. Die Goldfelder wurden im Jahre 1851 entdeckt und der höchste Gewinn wurde im Jahre 1853 mit 2,150,021 Unzen erzielt. Das Jahr 1875 weist nur noch einen Ertrag von 1,059,323 Unzen auf gegen 1,102,614 und 1,249,407 Unzen in den beiden Vorjahren. Natürlich hat auch die Zahl der Goldgräber gegen früher sehr erheblich abgenommen. Zu Ende des Jahres 1875 zählten sie nur noch 42,000, das ist weniger als die Hälfte der im Jahre 1864 mit Goldsuchen beschäftigten Personen. Die Goldfelder nahmen am Schlusse des Jahres 1875 ein Areal von 1063 englischen Quadratmeilen ein.

Lokales.

Krainischer Landtag.

7. Sitzung.

Laibach, 28. März.

Die Sitzung wird durch den Landeshauptmann Ritter von Kaltenegger in Anwesenheit des Herrn k. k. Landespräsidenten Ritter von Widmann und 33 Abgeordneter um 10 Uhr 43 Minuten vormittags eröffnet.

Das Protokoll der sechsten Sitzung wird in deutscher Sprache verlesen und sodann vom Hause genehmigt.

Zur Verhandlung gelangten folgende Punkte der Tagesordnung:

1. Mittheilungen des Landtagspräsidiums.
2. Bericht des Landesauschusses mit dem Voranschlag des krainischen Landesfondes pro 1877.
3. Bericht des Landesauschusses betreffs der Errichtung einer Ackerbauschule.
4. Bericht des Landesauschusses inbetreff des Irrenhausbaues.
5. Bericht des Landesauschusses mit einem Gesetzentwurfe zur Ergänzung der Gemeindeordnung für Krain über Verwaltung und Verrechnung des Gemeindevermögens.
6. Bericht des Finanzauschusses über den Voranschlag des Zwangsarbeitshausfondes pro 1877.
7. Bericht des Finanzauschusses über den Voranschlag des Kranken-, Gebär-, Findel- und Irrenhausfondes pro 1877.
8. Bericht des Finanzauschusses über das Concurrrenzverhältnis zu den Arznei- und Reisekosten in Epidemiefällen.

Hierauf theilt der Landeshauptmann dem Hause den Einlauf einiger Petitionen und Gesuche mit, die den betreffenden Ausschüssen zugewiesen werden. So jene der Gemeindevertretungen Zirkniz und Rudolfswerth und des zirknizer Ortsrathes. Ferner werden die Gesuche des Unterstützungsvereines der Hörer der Rechte an der k. k. Universität in Wien um eine Unterstützung, und des Malers Subic aus Rom dem Finanzausschusse zugewiesen.

Es wird sodann der zweite Punkt der Tagesordnung genehmigt.

Beim Berichte betreffs der Errichtung einer niederen Ackerbauschule für Krain — Berichterstatter Dr. Bleiweis — bemerkte Abg. Freih. v. Apfaltrern, daß er hinsichtlich dieser Ackerbauschule schon in der vorjährigen Session finanzielle Reflexionen vorgebracht habe; er beantrage daher einfach, die Aeußerung des Landesauschusses zu genehmigen und dem Finanzausschusse zur Prüfung zuzuweisen.

Abg. Dr. Bleiweis: Betreffend den Antrag des Herrn Abg. Freih. v. Apfaltrern und etwaige finanzielle Bedenken bei der Errichtung der Ackerbauschule hat der Landesauschuß unter Hinweisung auf den Beschluß des hohen Landtages vom 16. Oktober 1874 dem k. k. Ackerbauministerium erklärt, daß zu deren Gründung und Erhaltung keine anderen, als die bereits zugesicherten Staatssubventionen in Anspruch genommen werden, und daß somit das die Staatsubvention übersteigende Mehrerforderniß aus Landesmitteln aufgebracht werden wird; da nun keine Ursachen vorhanden, diesen Gegenstand abermals in die Verhandlung zu ziehen, möge es bei dem Berichte des Landesauschusses verbleiben.

Der Antrag des Abgeordneten Bleiweis wird sogleich von der Majorität des Hauses genehmigt, die Minorität dagegen ist für den Baron Apfaltrernschen Antrag.

Inbetreff des Irrenhausbaues wird der Bericht des Landesauschusses angenommen und dem Finanzausschusse zur eingehenden Prüfung deselben, sowie der ihm zugrunde liegenden Verhandlungsacten, Programme, Pläne und Kostenvoranschläge — zugewiesen.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung wird gleichfalls ohne Einwendung genehmigt und dem Gemeindeauschusse zur Vorberathung überwiesen.

Hierauf wird auf Antrag des Abgeordneten Dr. v. Schrey die Wahl zweier Mitglieder in den zu verstärkenden Gemeindevorstand vorgenommen, und erscheinen als gewählt die beiden Abgeordneten Dr. Zarnik und Dr. v. Schrey.

Auf Antrag des Abgeordneten Zarnik wird der Bericht über die Voranschläge des Zwangsarbeitshausfondes pro 1877 vom Berichterstatter Dr. Zarnik verlesen und sammt den darin vorgenommenen Aenderungen — auch den einzelnen Positionen nach — vom Hause genehmigt und bestätigt.

Weiters beantragt Dr. Zarnik namens des Finanzauschusses: daß letzterer beauftragt werde, nach Vernehmung der Leitung des Zwangsarbeitshauses über Mittel und Wege zu berathen, wie der Ertrag dieses Institutes vergrößert werden könnte.

Auch dieser Antrag wird angenommen.

Der Bericht über den Voranschlag des Kranken-, Gebär-, Findel- und Irrenhausfondes für das Jahr 1877 wird in allen Sätzen auch in dritter Lesung genehmigt.

Zum letzten Punkte der Tagesordnung übergehend, berichtet Abg. Baron Apfaltrern über das Concurrrenzverhältnis des Landesfondes zu den Kosten des öffentlichen Sanitätswesens.

Dr. Bleiweis erbat sich hiezu das Wort und bemerkt, daß der Bericht über diesen Gegenstand in einem tadelnden Sinne gegenüber dem Landesauschuß und dem früheren Finanzausschuß gehalten sei. Er, als einstiger Referent, könne nur constatiren, daß der Landesauschuß sich immer nur an das Uebergangsprotokoll vom Jahre 1863 gehalten habe. Damals, als das politische Leben Oesterreichs noch in den Windeln lag, hat die Landesregierung sehr eigenmächtig und willkürlich gewirthschaftet. Nach dem Berichte des Abg. Baron Apfaltrern wären in Epidemiefällen die Geldmittel des Landes zu viel in Anspruch genommen worden.

Redner bespricht weiterhin die Mängel des Cordondienstes an der kroatischen Grenze gegen die Einschleppung der Viehseuche, die großartigen Unkosten, die dem Lande dadurch erwachsen, und die Thätigkeit der Regierungsgorgane in beiden Reichshälften bei derartigen Vorfällen und sagt, daß überall der Staat die Unkosten des Cordondienstes u. s. w. trage, aber nicht das Land. An allem dem trage einzig und allein nur der Dualismus und das jetzige Regierungssystem die Schuld.

Redner bemerkt weiter, wie im Jahre 1873 die kostelner Gemeinde sich abmühte, ohne daß die Landesregierung sich zu einer Deckung jener Kosten herbeilassen wollte, welche in Folge der vom Staate angeordneten Cordonabsperzung und der dadurch entstandenen allgemeinen Geschäftsstockung auf der Grenze, sowie durch eine langandauernde Viehseuche entstanden waren, obwohl das hohe Ministerium damals das Geeignete angeordnet und genehmigt hatte.

Mit einem Worte, an all den Calamitäten, an denen das Land leidet, sei einzig und allein die jetzige dualistische Regierung schuld. Seit dem Verlassen des

einstigen alten Systems sei Oesterreich aus dem Regen unter die Traufe gekommen.

Landeshauptmann: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, bei der Sache zu bleiben.

Dr. Bleiweis: Ich citiere nur die Worte unseres allerhöchsten Monarchen, der schon vor Jahren seinen Ministern zugerufen: Ich will Frieden haben unter meinen Völkern! Jedoch: „Quod licet Jovi, non licet bovi!“ Die eine Regierung ist die Landesregierung, die zweite der Landesausschuss. Wenn die Beschlüsse des letzteren in allen Kronländern vonseite der Landesregierung immer mehr beachtet würden, der Staat bekäme dann eine ganz andere Umwandlung. Redner schließt: „Dixi et salvavi animam meam!“

Nachdem sich noch die Abgeordneten Deschmann und Freiherr v. Pfalltrern an der Debatte theilhaftig hatten, erwiderte der Herr Landespräsident Ritter v. Widmann auf die Rede des Abgeordneten Dr. Bleiweis mit einer sehr beifällig aufgenommenen Replik, die wir nach dem stenographischen Protokolle morgen nachtragen werden.

Von der krainischen Handels- und Gewerbe-Kammer.

Die Handels- und Gewerbe-Kammer in Laibach hat in der am 23. Februar l. J. abgehaltenen Sitzung beschlossen, in den Berichten an das k. k. Handelsministerium, betreffend die Erneuerung der Handels- und Zollverträge mit Frankreich und Deutschland, an dem bereits bei Abgabe des Gutachtens über den Zolltarif-Entwurf vom Jahre 1868 und den italienischen Handelsvertrag beschlossenen Grundsätze festzuhalten, welcher dahin geht: Die Handels- und Zollverträge sind zu kündigen und sodann auf Grundlage eines Minimal-Zolltarifes zu erneuern, der der österreichischen Industrie den mit Recht beanspruchten Schutz wahrhaft und unter den kein Conventional-Tarif gehen darf.

In dem ersten Berichte wurde weiters hervorgehoben, daß der Vertrag mit Frankreich, dessen Tarif sich infolge des mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrages vom 9. März 1868 und der englischen Nachtragsconvention vom 30. Dezember 1869 nahezu in allen Positionen geändert hat, der österreichischen Industrie nur wenig Zugeständnisse gemacht hat, die einen noch geringeren Werth haben, wenn man bedenkt, daß dieselben allen anderen Staaten, mit denen Frankreich Handelsverträge abgeschlossen hat, gewährt wurden. Gehoben hat sich nur die Ausfuhr von Getreide, Holz und einigen wenigen anderen Rohstoffen, für die Frankreich aus dem Grunde Zollfreiheit gewährt, weil es derselben nicht entbehren kann.

Rücksichtlich des Artikels „Eisen“ wurde betont, daß für österreichisches Eisen bei der Einfuhr in Frankreich 20 Francs per Tonne gezahlt werden muß, während die französischen Werke bei der Einfuhr nach Oesterreich nur 25 kr. per Kilogramm oder 12-50 Francs per Tonne zu entrichten haben. Ist da die Differenz eine enorme, so wird dieselbe noch bedeutender beim Ferrumangan, von dem Frankreich auch 20 Francs per Tonne bei der Einfuhr einhebt, während die französischen Werke von diesem Artikel bei der Einfuhr in Oesterreich keinen Zoll zu entrichten haben, weil er im Tarif nicht besonders benannt erscheint und daher nach Post Nr. 43-a zollfrei ist.

In dem Berichte, betreffend die Erneuerung des Vertrages mit Deutschland, wurde betont, daß derselbe der österreichischen Industrie und dem österreichischen Handel keine Vortheile gebracht hat, und beschlossen, daß bei Erneuerung dieses Vertrages an der freien Einfuhr von Getreide und einigen andern Artikeln festzuhalten und das Appreturverfahren unter Feststellung einer Uebergangsperiode von 3 Jahren und Einführung von angemessenen Appreturzöllen aufzuheben wäre.

Betreffend die Zölle für Garne schloß sich die Kammer der Denkschrift des Vereines der österreichischen Baumwollspinner an Se. Excellenz den Herrn Handelsminister vom 11. November 1875 an, beantragte für Eisen bestimmte Minimalzölle und bezog sich rücksichtlich

der übrigen Artikel auf die obcitirten, im vorigen Jahre überreichten Berichte.

Weiters wurde über Antrag des R. R. Terpin beschlossen, sich für die Vermehrung der Postbotengänge von Ratschach nach Steinbrück, und über Antrag des R. R. Bürger für die Wiedereinführung des Nachdienstes beim hierortigen Telegraphenamte, oder wenn dies nicht möglich sein sollte, wenigstens für die Einführung der Amtsstunden von 5 Uhr früh an zu verwenden.

(Ernennung.) Der k. k. Bezirkscommissär Eduard Freiherr v. Gussich wurde zum Ministerial-Vicesecretär im k. k. Ministerium des Innern ernannt.

(Wahlergebnis.) Die gestern Vormittag stattgefundene Ergänzungswahl dreier Mitglieder des laibacher Gemeinderathes aus dem II. Wahlkörper ergab folgendes Resultat: Von 607 Wahlberechtigten dieses Wahlkörpers hatten sich 307 an der Wahl betheiligt, und wurden bei derselben die Herren Carl Leskovic, Privatier, mit 306, Dr. Friedrich Reesbacher, k. k. Sanitätsrath mit 305 und Dr. Ritter von Schöppel, k. k. Regierungsrath, gleichfalls mit 305 Stimmen — somit sämtliche Candidaten der liberalen Verfassungsparthei nahezu einstimmig zu Gemeinderäthen gewählt.

(Der I. Wahlkörper) wählt morgen den 30. d. vier Mitglieder in den laibacher Gemeinderath. Bei der kürzlich abgehaltenen Probewahl wurden bekanntlich nachstehende vier Herren einstimmig als Candidaten der verfassungstreuen und liberalen Wählerschaft Laibachs aufgestellt: Ferdinand Marx, Director der Handelslehreanstalt; Andreas Malitsch, Privatier; Dr. Robert von Schrey, Advocat und Landesausschuss und Dr. Franz Suppantitsch, Präsident der Advocatenkammer. Eine sehr zahlreiche und einheitliche Betheiligung an diesem Wahltacte wäre daher im Interesse der gedeihlichen und fortschrittlichen Verwaltung der Stadtgemeinde Laibach dringend zu wünschen.

(Ausstellung.) Das kürzlich in Laibach exponirte gewesene Conzädersche Gemälde Kaiser Josef II. an dem Sterbebette wird nunmehr nach Triest gesendet und daselbst durch einige Wochen ausgestellt werden.

(Leichenbegängnis.) Gestern Nachmittag um 5 Uhr fand unter Betheiligung zahlreicher Leidtragender von der Todtenkammer am Friedhofe aus die Beerdigung unserer, der Kunst leider viel zu früh entzessenen heimathlichen Malerin Fräulein Leopoldine Lavatschek statt, deren Leiche in der vorhergegangenen Nacht von Wien hier eingetroffen und sofort in die Todtenkammer überführt worden war. Die Mitglieder des Damen- und Männerchors der philharmonischen Gesellschaft, deren verehrte Collegin die Verstorbene seinerzeit war, hatten sich nahezu vollständig eingefunden, um ihrer verstorbenen Sangeschwester die Ehre des letzten Geleites zu erweisen und besorgten den Grabgesang in ergreifender Weise.

(Theater.) Die gestrige erste Reprise der neuen Strauß'schen Operette „Der Carnaval in Rom“ war zwar recht gut, aber trotzdem nicht in jener hervorragenden Weise besucht, welche wir der wirklich vorzüglichen Novität entsprechend gefunden hätten und auf welche auch die Theaterleitung, sojerner sie überhaupt ihre Rechnung finden und nicht etwa einen in diesem Falle sicherlich nicht verdienten materiellen Schaden erleiden soll, mit Sicherheit sollte rechnen dürfen. — Die gestrige Aufführung der Operette war wo möglich noch besser als die vorangegangene und führte uns ein in allen seinen Theilen gerundetes Ganzes mit Präcision und Berbe vor Augen. Ganz vortrefflich sangen und spielten die Damen Fr. Paulmann (Gräfin Falconi) und Fr. Allegri (Marie) ihre hübschen und dankbaren Partien. Voll drastischer Komik und zugleich sehr tüchtig und tactvoll in seinen Gesangsnummern war Herr Thalser (Graf Falconi). Herr Schimmer (Arthur Brey) errang mit seiner Rolle an beiden Abenden einen durchschlagenden Erfolg; seine gesungene Leistung ist namentlich im zweiten Acte sehr ansprechend und correct und auch sein Spiel zeugt bereits von wesentlichen Fortschritten, die sich der genannte Sänger in Bezug auf Routine und Lebhaftigkeit des Auftretens während seines Hierseins eigen zu machen gewußt hat. Munter und agil wie immer spielte auch Herr Steiner (Raphael); nur möchten wir denselben darauf aufmerksam machen, sich vor dem allzu häufigen Versprechen etwas mehr in Acht nehmen zu wollen. Fr. Ador und Herr Adam reißen sich in ihren kleineren Partien den Solisten mit Anstand an, und auch Fr. Weber ist redlich bemüht, die auf ihren Schultern lastende Riesenlast: ein komplettes Ballet zu repräsentieren, nach besten Kräften zu lösen. — Der Reiz der lieblichen Musik, die namentlich an Tanzmotiven einige allerliebste Stellen ankummen hat, tritt bei öfterem Hören der Operette immer ansprechender und gefälliger ins Gehör. — Das Ganze war auch gestern sehr beifällig gestimmt und zeichnete die Mitwirkenden nach jeder größeren Scene mit Hervorrufen aus.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Rom, 28. März. In der Kammer und im Senate entwickelte Depretis das Programm des Cabinetes und verließ weitgehende Reformen. In der Kirchenpolitik werde das Cabinet weder aggressiv noch feindlich vorgehen und unter Beobachtung der bestehenden Gesetze sich zu keinerlei Vereinbarung herbeilassen. Bezüglich der äußeren Politik, der Armee und Marine werde es die frühere Politik weiter verfolgen. Die Conventionen wegen Trennung und Rücklaufs der oberitalienischen Bahnen werde es acceptieren. Das Cabinet strebe die Beseitigung des noch herrschenden Zwangscourses an und werde endlich die schwebenden Handelsverträge im freihändlerischen Sinne prüfen.

Triest, 27. März. Herr Erzherzog Albrecht, welcher mit dem gestrigen Eilzuge hier angelangt ist, inspicierte heute morgens die Garnison. Mittags nahm Se. kaiserliche Hoheit die Aufwartung des Statthalters, des Bürgermeisters und des Handelskammerpräsidenten entgegen. Zu dem abends stattfindenden Diner von 24 Gedecken sind der Statthalter, der Bischof von Triest, der Bürgermeister und der Militär-Commandant geladen.

Paris, 27. März. Die Königin von England ist unter strengem Incognito in Cherbourg eingetroffen.

London, 27. März. Carl of Derby übernimmt bei der Königin während ihrer Anwesenheit in Baden-Baden die Geschäfte des Ministers des Aeußern und ist heute über Brüssel dahin abgereist.

London, 27. März. Der „Great Western“ ist auf der Fahrt nach Newyork bei Long-Island gescheitert.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 28. März. Papier-Rente 65-25. Silber-Rente 69-60. 1860er Staats-Anlehen 110. Bank-Actien 877. Credit-Actien 158-75. London 117-30. Silber 101-75. R. k. Münz-Ducaten 5-50. Napoleonsd'or 9-36 1/2. 100 Reichsmark 57-55.

Wien, 28. März. 2 Uhr nachmittags. (Schlußkurs.) Creditactien 158-10, 1860er Lose 110, 1864er Lose 131, österreichische Rente in Papier 65, Staatsbahn 267, Nordbahn 176-50, 20-Frankenstücke 9-37 1/2, ungarische Creditactien 128, österreichische Francobank 17-25, österreichische Anglobank 67-50, Lombarden 102, Unionbank 65-50, austro-orientalische Bank, Lloydactien 335, austro-ottomanische Bank, türkische Lose 20, Communal-Anlehen 99-50, Egyptische 110-50. Gebrückt.

Angekommene Fremde.

Am 28. März. Hotel Stadt Wien. Wallner, Besitzer, Belbes. — Krumm, Juwelier, Wien. Hotel Stefani. Rudwitsch, Klapac und Josef Džbott, Sorova. — Stefan Džbott, Terntje. — Hubovernig und Tomani, Oberkrain. — Grableš, Ponigl. — Terbac, St. Peter. — Rifel, Kärnten. — Pacher, Zellbrichen. — Pacher Helena. — Kottnik, Oberlaibach. — Lavkar, Pfarrer, Unterkrain. Hotel Europa. Ritter v. Hubb, k. k. FML., Fiesch, Oberlieutenant, und Ritter v. Gugg, k. k. Oberst, Graz. — Lehmann, Fiume. Baierischer Hof. Mlekusch, Laas. — Samsa, Feistritz. — Borghi, Unternehmer, Udine. — Batovic, Materja. Rohren. Keiner, Graz. — Krapp, Laibach.

Theater.

Heute: Seelönigs-Brant. Schauspiel in 4 Acten von R. Kneifel.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit, Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° Reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Ausfall des Thermometers, Niederschlag in Millimetern. Data for 28. März.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 27. März. Die Börse ist durch den fortgesetzten starken Rückgang der besten Anlagewerthe stark erregt und gibt diesem Gefühl durch Angebot von Speculationspapieren Ausdruck. Von Werthen letzterer Kategorie sind namentlich Actien der ungarischen Creditbank Gegenstand der Baiffe-Operation.

Large table of market data including interest rates (Renten), bank shares (Banken), railway shares (Eisenbahnen), and various bonds (Anlehen) with columns for 'Selbst' and 'Ware' prices.